



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Von der preußischen Grenze.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

bildete. — Demselben Wunsch schließt sich Hermann Grimm an („die Akademie der Künste und das Verhältniß der Künstler zum Staat,“ Berlin, Herz). Die eigentliche Kunst kann nicht gelernt werden, wohl aber das Handwerk, darum hat Schule und Akademie sich hauptsächlich ans Technische zu halten; sie soll die Hand bilden, das Innere dagegen und Tiefere der Kunst der Individualität des Künstlers überlassen. J. C.

Von der preussischen Grenze.

Mit tiefer Beschämung müssen wir Deutsche auf die Entwicklung der italienischen Angelegenheiten blicken. Vor noch nicht langer Zeit hätte in jedem unserer politischen Kirchspiele jeder Küster aus Principien der höheren Staatsweisheit bewiesen, daß die Italiener zum politischen Leben unfähig seien. Vom Professor bis herunter zum Barbier gab es in Deutschland über diesen Punkt nur eine Meinung — was viel sagt, da die Zahl solcher Punkte ziemlich gering ist. Und jetzt — wer nicht gewaltsam seine Augen vor der Wirklichkeit verschließt, muß zugestehen, daß wenn es irgend ein Volk in Europa giebt, würdig sich die Freiheit zu erringen, es die Italiener sind, wenigstens derjenige Theil, der bisher in Action gekommen ist. Eine solche Einigung von Maaß und Entschlossenheit, von Freiheitsliebe und Subordination muß uns ganz unglaublich vorkommen, die wir seit elf Jahren über dem Gedanken der deutschen Einheit brüten und es noch nicht einmal zu einem einstimmigen Wunsch haben bringen können, zu einem Wunsch, der über den ganz unbestimmten Umriß der Einheit im Allgemeinen hinausginge. Ja ehe wir uns zum positiven Gedanken einer durchführbaren Einheit erheben, haben wir vorher noch einen beschwerlichen und undankbaren Kampf zu bestehen, den Kampf mit den Chimären. Der erste Schritt zur Einheit Deutschlands wird gethan sein, sobald die öffentliche Meinung darüber ins Klare kommt, daß unter allen absurden Einfällen, die je ein politischer Zingießer ausgeheckt, der Einfall, eine deutsche Centralgewalt zu schaffen, der sich die beiden Staaten Oestreich und Preußen unterordnen sollen, der absurdeste ist. Oder gibt es noch einen absurderen Einfall? Gehört der Einfall, ein deutsches Parlament einzuberufen, dem keine Centralgewalt gegenüber steht, eine Volksvertretung aus verschiedenen Staaten zusammenzusetzen, gehört dieser Einfall noch mehr ins Reich der Chimären? Wir wollen darüber nicht rechten, zufrieden, wenn man zugibt, daß in der ganzen Geschichte von Cyrus bis auf unsere Tage nichts vorgekommen ist, was sich diesen beiden Einfällen ebenbürtig an die Seite stellen könnte.

Es scheint freilich noch nicht viel gewonnen, wenn man sich nur darüber einigt

was nicht zu wünschen sei, und doch ist damit ein bedeutender Schritt gethan. Denn da die Auswahl unter dem Wünschenswerthen und Erreichbaren nicht übertrieben groß ist, so ist sie sehr erleichtert, sobald man die Chimären entfernt. In dieser Beziehung merken wir doch einen allmäligen Fortschritt. Es fängt in dem Bewußtsein vieler, die bisher nur mit Phrasen gegen das Bestehende zu Felde zogen, zu dämmern an, und man merkt allmälig, daß eine Phrase, der kein idealer Inhalt bewohnt, nicht stark genug ist, das Bestehende zu erschüttern.

Es ist namentlich erfreulich, wenn sich auch aus Süddeutschland Stimmen erheben, die wenigstens zu diesem negativen Resultat kommen. Dazu rechnen wir eine Reihe neuer Flugschriften, die in Stuttgart bei Göpel erschienen sind. „Wo hinaus?“ fragt Siegmund Schott in der einen derselben. Wenn er bei dem Studium dieser Frage häufiger die Bildersprache anwendet und häufiger die Dichter citirt, als es sich mit der Klarheit und Deutlichkeit des Begriffs verträgt, so verkennen wir doch nicht, daß seinen Schlüssen im allgemeinen eine gesunde Logik zu Grunde liegt. Er hofft wenig von der Selbstentwicklung des Bundes, er hält es für müßig auf eine Revolution oder sonst irgend ein unerwartetes Ereigniß zu speculiren, er hält die Idee einer preußischen Hegemonie für schwer ausführbar und wenig wünschenswerth, er erklärt die Trias für eine „franke und unausführbare Idee,“ und eine Volksvertretung am Bundestage für etwas, das unter den gegenwärtigen Umständen „besser unterbleibt.“ „Aber wo hinaus denn, wenn es weder auf preußische Führung, noch auf Dreiheit, noch auf Bundesreform hinauslaufen soll? Antwort: nirgends hinaus! Beisammen bleiben wollen wir, wie wir sind, und zuwarten. . . Die Aufregungen und Enttäuschungen des Jahres 1859 sind für unsere innere Entwicklung gewiß nicht verloren: wie imposant die öffentliche Meinung geworden ist, sieht man an den Versuchen, ihr gerecht zu werden, wenn es auch trockene Pelzwäsche ist. Wer sie als eine solche erkennt, der hält sich davon, nicht nur weil die Arbeit undankbar, sondern auch weil sie geeignet ist, die Kräfte einem spätern Gebrauch vorweg zu nehmen. . . Unbeweglichkeit ist auch im Kriege oft zum Erfolg nothwendig, wenn man seine Position nur gegen eine schlechtere tauschen könnte. Dann thut man lieber gar keinen Schritt als einen falschen. . . Man begeht in der Politik zu häufig den Fehler der Ungeduld. Es ist natürlich, daß es dem Einzelnen hart ankommt, stille halten und wegsterben zu sollen, während offenes Unrecht oder mumienhafter Schlendrian ihn überleben. Aber der Mensch ist bestimmt, um seine Ideale zu ringen, nicht ihrer froh zu werden. Man mag wünschen, aber nicht erwarten und es herbeizuführen glauben, daß man bestimmte politische Ereignisse noch erlebe. Die Zeit geht langsamer als die innere Entwicklung des Einzelnen. Alle denkende Köpfe sind den bestehenden Ereignissen ihrer Zeit voraus; Geseze und Einrichtungen sind der Natur der Sache nach veraltet und lästig geworden, ehe sie, und grade deshalb abgeschafft werden. . . Man muß sich freilich darüber grämen und ärgern, allein nachher findet man doch immer, daß die organischen Bildungen der Vernunft das Abgestorbene sichtbar verdrängen. Nur muß man nicht täglich Buch und Rechnung darüber führen wollen. Das Gras sieht man auch nicht wachsen, und doch wächst es.“

Ohne jede Spur von Ironie erklären wir, daß wir diesen Grundsätzen, abstract genommen, vollständig beipflichten, daß wir in ihnen eine sehr beherzigenswerthe

Wahrheit finden, deren Nichtachtung oft schon das größte Unheil nach sich gezogen hat. Wir haben gegen die Anwendung derselben auf den gegenwärtigen Fall nur eins einzuwenden, aber das scheint uns entscheidend: wir haben keine Zeit zu warten. Es handelt sich nicht um die Erreichung eines Ideals, sondern um die Vertheidigung unserer Existenz. Die Wahl ist nicht: ob wir eine neue politische Schöpfung beginnen oder in dem alten Zustand verharren; sondern die Wahl ist: ob wir uns zu einer stärkeren Kraftanspannung aufraffen oder das Schicksal Polens erleben wollen.

Wol wächst das Gras, ohne daß man es hört; und so ist es auch dem Verfasser gegangen. Er fährt unmittelbar nach jener Stelle fort: „Grade in dem jetzigen Zeitabschnitt finden wir die Entwicklung besonders langsam;“ und rechtfertigt diesen Satz, wie es einem Deutschen ziemt, mit philosophischen Gründen. Das Gras hört man freilich nicht wachsen; aber wenn von allen Seiten die Kanonen losgebrannt werden, wenn die Feuerglocke tönt, dann gehört doch schon ein ziemlich fester Schlaf dazu, um nicht geweckt zu werden. Wie? die Entwicklung ginge heute langsamer als je? Seit 1815 haben wir vielmehr keinen Moment erlebt, wo sie mit einer so riesenmäßigen Schnelle stattgefunden hätte. Im vorigen Jahr erhob man ein lebhaftes Geschrei, der italienische Feldzug gelte der deutschen Rheinprovinz; heute, nachdem Napoleon einen schwindelnden Erfolg davon getragen, nicht bloß militärisch, sondern auch politisch, scheint man ganz zu vergessen, daß ein Napoleon existirt. Wir haben keine Zeit zu warten; denn wenn der Anlauf, der jedenfalls erfolgt, uns in der Lage trifft, in der wir heute sind, so werden wir zermalmt. Die Lage ist nicht besser, sondern schlimmer als 1805 oder 1806, denn damals war Oestreich ein Staat, der fest auf seinen Füßen stand; was er heute ist, wissen wir.

Die Zeit geht schneller als je. Es wäre daher wünschenswerth, daß man bei politischen Broschüren das Datum angeben möchte. Eine andere Flugschrift desselben Verlags: „die politische Reform in Deutschland“ mit der Jahreszahl 1860, spricht noch davon, daß der Friede von Villafranca „dem jungen östreichischen Kaiser die Gewogenheit des Siegers eintrug, eine Bürgschaft für Vortheile in der Zukunft;“ daß derselbe junge Kaiser „durch den rücksichtsvollen, beinahe großmüthigen Sieger auf einige Zeit gewonnen sei.“ — Wovon spricht der Mann? Von Ludwig dem Bierzehnten oder den Hohenstaufen? Jedenfalls nicht von der Gegenwart — das Gras wächst so schnell in diesem Jahr, daß man es beinahe wachsen hört.

Ein Gesinnungsgenosse Schotts, Moriz Mohl, gibt auch einen Beitrag zur deutschen Frage: „Ueber ein Bundesgericht und das Gesetzgebungsrecht des Bundestags.“ Auch er kommt zu der richtigen Ueberzeugung, daß wie die deutsche Einheit jetzt beschaffen ist, es jedem deutschen Staat darauf ankommen muß, die Eingriffe der Centralgewalt in seine innern Angelegenheiten möglichst von sich abzuwehren, und daß darin die freisinnige Partei mit den Regierungen ganz einverstanden ist.

Dieser in die Realität der Dinge greift eine Schrift von Wilhelm Beseler ein: „zur östreichischen Frage“ (Leipzig, Hirzel). Der Verfasser hat neuerdings bei mehreren Gelegenheiten zum deutschen Volk gesprochen, und es freut uns, mit ihm in völligem Einvernehmen zu sein. Er geberdet sich keineswegs als Prophet, er sagt nicht mit Zuversicht den Einsturz des mächtigen Kaiserstaats voraus, der doch

noch immer über bedeutende Hilfsquellen zu gebieten hat, und den unvorhergesehene Umstände retten können. Aber er macht auf die Möglichkeit eines solchen Einsturzes aufmerksam; und dieser Möglichkeit kann sich niemand verschließen, der den immer mehr um sich greifenden finanziellen Ruin, die immer wachsende Unzufriedenheit in den Provinzen, die von außen immer näher rückende Gefahr ins Auge faßt. Wie sollen wir uns verhalten, wenn der Fall wirklich eintritt? — Oestreich die freundlich helfende Bruderhand reichen? Kein Deutscher würde sich dieser Pflicht entziehen, die nicht nur von dem allgemeinen Gefühl, sondern auch von dem allgemeinen Interesse geboten wäre. Aber darum handelt es sich nicht. Je schwächer sich Oestreich im Innern fühlt, desto höher steigern sich seine Ansprüche. Es verlangt von uns nicht Hilfe wie von Ebenbürtigen, es verlangt, daß wir uns in seine eignen ungesunden Zustände einleben, daß wir unsere Selbstständigkeit, unsere materiellen und geistigen Interessen aufopfern, daß wir seinen herrschsüchtigen Plänen als blinde Vasallen folgen sollen. Das wollen und das können wir nicht! Oestreich hat von uns Hilfe zu erwarten, wenn es uns in unserer eignen Entwicklung nicht beeinträchtigt; es hat sie nicht zu erwarten, wenn es fortfährt alle gesunden Säfte des deutschen Lebens zu ersticken.

Beselers Flugschrift hat keinen rechten Abschluß und konnte ihn nicht haben, da das letzte Wort in dieser Angelegenheit nicht von uns, dem Volk, dem Publicum, gesprochen werden kann. Die Entscheidung liegt bei den Regierungen. Wie wir dennoch darauf hinwirken können, das läßt sich ziemlich bestimmt angeben.

Preußen hat durch zwei Anträge beim Bundestag seine Stellung zur deutschen Frage bezeichnet. Durch seinen Antrag in Bezug auf Kurhessen hat es den Grundsatz ausgesprochen, daß der Bundestag in die innern Angelegenheiten der Staaten sich nur so weit einzumischen habe, als zur Aufrechterhaltung der Bundesgesetze nöthig ist; daß der Bundestag positives Recht nicht schaffen kann. Von ungleich größerm Belang ist der Vorschlag in Bezug der Bundeskriegsverfassung. Die bisherigen organischen Bestimmungen derselben sind für einen ernstern Krieg nicht ausführbar. Die Leitung eines Krieges gegen Frankreich von Seiten des Bundestags würde nichts anderes sein, als die Einführung eines Hofkriegsraths in zehnfacher Potenz; was das heißt, darüber erkundige man sich bei den österreichischen Generalen. Es ist gegen die Natur der Dinge, daß der Stärkere sich dem Schwächeren, daß die Kriegsheere Oestreichs und Preußens sich einem fremden Oberfeldherrn unterordnen. Die Natur der Dinge bringt es mit sich, daß, wenn man einen erfolgreichen Feldzug unternehmen will, die Contingente der mittleren und kleineren Staaten den Contingenten Oestreichs und Preußens zugesügt werden. Soll aber diese Einrichtung zu einem organischen Heerwesen führen, so muß sie bereits im Frieden angebahnt werden. — So weit sind wir mit der preussischen Denkschrift vollkommen einverstanden.

Aber sehr wenig befriedigt hat uns die Circular-Depesche an die deutschen Höfe, mit welcher die preussische Regierung diese Denkschrift begleitet hat. Nach dem wohlwollenden, resignirten und hoffnungslosen Ton dieser Depesche sieht es fast so aus, als ob Preußen selbst seinen Antrag nur für einen schönen Traum ansähe; höchstens für ein schätzbares Material, über welches man in einer fernen Zukunft in Berathung treten könne. Ist denn die Lage Deutschlands, ist denn die Lage

Preußens wirklich von der Art? Muß Preußen sich um seiner eigenen Provinzen willen nicht bei Zeiten vorsehen, um auf alle eintretenden Fälle gerüstet zu sein? Führt nicht jeder Verzug eine unabsehbare Gefahr mit sich?

Da wir den diplomatischen Beziehungen ganz fern stehen, so wissen wir auch nicht, ob Preußen sich mit seinen Vorschlägen zuerst an diejenigen gewandt hat, den es am meisten angeht, an Oestreich. Oestreich hat in den letzten Zeiten gegen Preußen ziemlich rücksichtslos gehandelt, und vielleicht fordert die diplomatische Convenienz, diese Rücksichtslosigkeit durch kühles Stillschweigen zu erwidern. Leider ist mit der diplomatischen Convenienz in ernstlichen Angelegenheiten nicht viel gewonnen, und Preußens erste und wichtigste Lebensfrage, von der sein ganzes politisches Leben abhängt, ist die, sich klar zu machen, wie es selber mit Oestreich steht. —

Man vergönne uns, ganz offen mit der Sprache herauszugehen. Wir haben beständig wiederholt und wiederholen es noch heute, daß wir es als ein schreckliches Unglück für Deutschland und als ein Verbrechen betrachten würden, wenn die gegenwärtige Spannung zwischen den deutschen Mächten einmal zu offener Feindseligkeit gesteigert werden sollte. Aber um die Lage der Dinge ernsthaft zu prüfen, müssen wir auch das Schlimmste als möglich annehmen, wenn es möglich ist. In mehreren Blättern der Gegenpartei ist bereits direct und indirect auf die Wahrscheinlichkeit hingewiesen, daß die Mittelstaaten, um der preussischen Hegemonie zu entgehen, wieder an einen Rheinbund denken möchten. Von der anderen Seite ist diese Idee als ein Landesverrath gebrandmarkt worden. Aber was nützt es, eine moralische Mißbilligung auszusprechen, wenn dadurch die Thatfachen nicht geändert werden!

Preußen ist in der Lage, daß es — nicht um sich zu vergrößern, sondern um sich zu erhalten — nur drei Mittel vor sich hat. — Entweder gelingt es ihm, im Einverständnis mit Oestreich eine Reform der Bundeskriegsverfassung in der jetzt beantragten Weise durchzusetzen; — oder es bringt gegen Oestreichs Willen mit den übrigen deutschen Regierungen ein Bündniß zu Stande, durch welches der Oberbefehl der Bundesarmee in der Weise regulirt wird, wie es unmittelbar vor Abschluß des Friedens von Villafranca in Angriff genommen war und ohne diesen Abschluß auch wäre durchgeführt worden. — Ist aber beides nicht möglich — was bleibt Preußen dann übrig? — Es muß sich, um seine bedrohten Provinzen zu sichern, nach auswärtigen Bündnissen umsehen. —

Wir wollen das entseglige Bild nicht weiter ausmalen, wenn Preußen auf der einen Seite, die Mittelstaaten auf der andern, vielleicht auch noch Oestreich um ein Bündniß buhlen — man kann sich denken wo! — Sollten aber die Regierungen wirklich nicht sehen, daß sie langsam aber unaufhaltsam diesem wünschenswerthen Ziel zueilen, so müssen die rechtmäßigen Landesvertreter sie darauf aufmerksam machen. Das nächste Augenmerk jedes Patrioten muß also sein, in den Kammern sämmtlicher deutschen Staaten, natürlich in den preussischen voraus, die Ueberzeugung wach zu rufen, daß Deutschlands Zukunft von der Schnelligkeit abhängt, mit welcher man sich über seine Wehrverfassung einigt.

Die preussische Regierung hat daneben noch eine andere Aufgabe. Es sieht mitunter so aus, als ob sie sich darüber wundert, daß ihre Popularität in Deutschland nicht schneller gestiegen ist. Das geht aber ganz natürlich zu. An dem gu-

ten Willen der preussischen Regierung, so vortrefflich als möglich zu sein, zweifelt in ganz Deutschland Niemand, wohl aber an ihrer Kraft. Das deutsche Volk würde gern etwas Liberalismus weniger hinnehmen, wenn es dafür etwas mehr Energie sähe. Der Mangel an Kraft liegt aber hauptsächlich darin, daß bis jetzt noch verschiedene Potenzen des Staatslebens sich die Waage zu halten scheinen, so daß man nicht weiß, welche die maachgebende ist. Dem Ministerium steht die Bureaucratie und das Junkerthum gegenüber, und der Opposition dieser beiden Factoren werden sich allmählig alle preußenfeindliche Elemente anschließen, der Ultramontanismus, das Polenthum u. s. w. Wer von beiden ist nun der Stärkere? — Das Ministerium hat die beste Gelegenheit, das zu zeigen.

Alle Kräfte, die ihm entgegenstehen, concentriren sich im Herrenhaus, welches zu einer Zeit zusammen gesetzt wurde, als der Haß gegen den Liberalismus für das Kennzeichen eines echten Preußen galt. Daß ein solches Institut gegen ein liberales Ministerium Opposition macht, daß es alle seine Gesetze zurückweist, ist sehr natürlich. Unter den Gesetzen, welche dem Landtag jetzt vorliegen, sind einige, die nicht bloß wünschenswerth, nicht bloß praktisch nothwendig sind, sondern deren Vorenthaltung ein offener Rechtsbruch war; dahin rechnen wir besonders die Feststellung der Wahlbezirke durch ein Gesetz. Was wird das Ministerium thun, wenn das Herrenhaus diesen Gesetzentwurf zurückweist? Da das Herrenhaus kein Wahlkörper ist, so gibt es nur ein verfassungsmäßiges Mittel, seinen Widerstand zu brechen, einen Pairschub. In England ist das Mittel zuweilen angewandt worden; in Preußen liegt es um so näher, da ein nicht kleiner Theil der jetzigen Pairs ihre Stellung lediglich dem Haß gegen den Liberalismus verdankt. Ist diese Maasregel nicht durchzusetzen, so sollte sich das Ministerium sehr ernstlich die Frage vorlegen, ob in der Lage, in der sich Preußen befindet, Einheit der Regierung nicht ein Bedürfnis ist, dem gegenüber alle andern Rücksichten schweigen müssen? Wir legen die Frage nur vor, ohne sie entscheiden zu wollen, weil bei der Antwort noch manche Umstände in Rechnung kommen, die uns nicht bekannt sind. —

Wir können aber diese Betrachtungen nicht schließen, ohne einen Scheideblick dem Manne nachzuwerfen, dessen Vieder noch heute am lautesten vom deutschen Ruhm und deutscher Größe sprechen — G. M. Arndt. 90 Jahre alt, noch mit der Lebenskraft eines Jünglings ausgestattet, in den letzten Augenblicken seines Lebens von ganz Deutschland mit innigem, herzlichem Zuruf begrüßt — dann ein schneller Tod! Wer wollte nicht dies Loos beneiden! — Ob er auch darin zu beneiden war, oder zu beklagen, daß er die nächste Zeit nicht erlebte — das liegt noch in der Dämmerung. † †

Herausgegeben von **Gustav Freytag** und **Julian Schmidt**.

Verantwortlicher Redacteur: **Moriz Busch** — Verlag von **J. L. Nebig**
in Leipzig.

Druck von **C. E. Albert** in Leipzig.